

MEMORANDUM 2007

Mehr und bessere Beschäftigung, ökologischer Umbau und soziale Gerechtigkeit – Demokratische Wirtschaftspolitik statt Aufschwungstaumel

– *Kurzfassung* –

1. Der missverstandene Aufschwung
2. Konjunktur: Aufschwung ohne dauerhafte Grundlage
3. Arbeitsmarkt: Prekäre Erfolge
4. Neoliberales Business as usual: Kritik der Wirtschafts- und Sozialpolitik
 - 4.1 Finanzpolitik: Spar- und Steuerpolitik für höhere Gewinne
 - 4.2 Gesundheitsreform: Erfolg der Lobby gegen Versicherte und Kranke
 - 4.3 Rente ab 67: Sozialabbau durch die Hintertür
 - 4.4 EU: Deutsche Verantwortung für europäische Ungleichgewichte
 - 4.5 Hedgefonds und Private Equity: Destabilisierung und Ausplünderung
 - 4.6 Bildung: Kein Patentrezept gegen Armut
5. Alternativen: Mehr und bessere Beschäftigung, ökologischer Umbau, Gerechtigkeit – Demokratisierung der Wirtschaft
 - 5.1 Die grundsätzliche Alternative: Wirtschaft demokratisieren
 - 5.2 Sofortprogramm für mehr und bessere Arbeitsplätze
6. Alternative Wirtschaftspolitik erfordert Konfliktbereitschaft

1. Der missverstandene Aufschwung

Bei der Regierung und den meisten Medien in Deutschland herrscht freudige Überraschung. Das Wirtschaftswachstum des vergangenen Jahres ist erstmals seit vielen Jahren mit 2,7 Prozent stärker ausgefallen als erwartet. Erneut werden zu Beginn des Jahres die Prognosen nicht nach unten, sondern nach oben korrigiert. Die Genugtuung über diese Entwicklung lässt sich auch durch den Hinweis nicht trüben, dass der konjunkturelle Höhepunkt bereits überschritten ist und das Wachstum im laufenden Jahr trotz der Korrektur schwächer sein wird als im vergangenen – sofern es nicht durch kräftige Lohnsteigerungen oder zusätzliche staatliche Impulse gestützt wird.

Die Bundesregierung sieht in dieser positiven Entwicklung eine Bestätigung ihres wirtschaftspolitischen Kurses. Jetzt zeige sich, dass die Politik der gesamtwirtschaftlichen Disziplin, der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, der steuerlichen Entlastung der Unternehmen und der „Modernisierung“ der sozialen Sicherungssysteme letztlich doch die versprochenen Früchte trage – trotz der für viele schmerzlichen Einschnitte. Sie versetze die Wirtschaft in die Lage, sich den Herausforderungen der Globalisierung zu stellen. Um im härteren internationalen Wettbewerb keine Positionen zu verlieren, sei es unbedingt erforderlich, diesen Kurs auch weiterhin unbeirrt zu verfolgen. Konsequenterweise ist die

Wirtschafts- und Sozialpolitik auch weiterhin in diesem neoliberalen Sinne ausgerichtet.

Grundsätzlich halten wir die Interpretation des Konjunkturaufschwungs als Erfolg deutscher Wirtschaftspolitik für ein fatales Missverständnis. Ebenso fatal wäre es, wenn die aus diesem Missverständnis abgeleiteten Empfehlungen weiterhin verfolgt würden. Dies würde zum einen zu weiterem dramatischen Sozialabbau bei den Renten, der Gesundheit und im Pflegebereich führen, den Niedriglohnssektor ausweiten und mehr Armut in Deutschland schaffen. Überdies würde es die weitere konjunkturelle Entwicklung untergraben, und der nächste Abschwung würde sehr viel schärfer ausfallen als der vergangene zu Beginn dieses Jahrzehnts.

Das Missverständnis der aktuell positiven Konjunktur besteht darin, sie als den Beginn einer längeren, breit durch Binnen- und Auslandsnachfrage getragenen Wachstumsphase zu interpretieren. Dies ist offensichtlich nicht der Fall. Der Aufschwung wird vielmehr getragen durch die Kombination einer noch einmal gestiegenen Exportnachfrage und deutlich höheren privaten Investitionen. Das wichtigste Aggregat der Binnenkonjunktur, der private Verbrauch, hat sich demgegenüber nur sehr geringfügig bewegt, was wegen des erneuten Rückgangs der realen Nettolöhne und -gehälter um 1,4 Prozent nicht verwundern kann. Die Exportdynamik ist nicht neu und kann keine beruhigende Entwicklungsperspektive eröffnen. Denn zum einen hat sie die deutsche Wirtschaft zunehmend abhängig von der Weltkonjunktur gemacht; zum anderen führen anhaltende Außenhandels- oder Leistungsbilanzüberschüsse zu zunehmenden internationalen Ungleichgewichten und Konflikten.

Die jüngste Belebung der Investitionen ist nicht der Beleg einer neuen Gesamtdynamik, sondern ein in der Konjunkturtheorie bekanntes und normales Phänomen: Nach einer Zeit nachfragebedingter Investitionszurückhaltung müssen die Unternehmen auch bei schwacher Gesamtnachfrage ihre Anlagen ersetzen und modernisieren, um überhaupt im Geschäft bleiben zu können. Wenn diese Ersatz- und Modernisierungswelle abgeschlossen ist, und wenn es in der Zwischenzeit nicht zu einem deutlichen Anstieg des privaten Verbrauchs und der staatlichen Nachfrage gekommen ist, werden die privaten Investitionen erneut einbrechen. Ihr Rückgang wird umso stärker

sein, je weiter die Umverteilung von unten nach oben fortschreitet, die öffentlichen Ausgaben eingeschränkt und der Sozialabbau fortgesetzt werden. Wenn die Regierung also den seit vielen Jahren vorherrschenden wirtschaftspolitischen Kurs weiterverfolgt, wird der aktuelle Aufschwung ein Strohfeuer bleiben. Nach seinem Erlöschen wird es zu einer neuen binnenwirtschaftlichen Rezession kommen und die derzeitige Euphorie wird neuem Katzenjammer weichen.

Demgegenüber wäre es vernünftig und fortschrittlich, die Gunst der Stunde zu nutzen, im Konjunkturaufschwung deutlich höhere Löhne und Gehälter durchzusetzen, die stärker fließenden Steuereinnahmen für den Ausbau öffentlicher Investitionen und Dienstleistungen, für den ökologischen Umbau, für gute Bildung für alle, für lebensstandardsichernde Alterseinkünfte und für ein egalitäres und effizientes Gesundheitssystem als Grundpfeiler eines demokratischen Gesellschaftsmodells zu nutzen.

Im Übrigen steht die Begeisterung der Regierung über das hohe Wirtschaftswachstum in krassem Widerspruch zu der gerade in den letzten Wochen von offizieller Seite immer wieder demonstrierten Sorge um die Umwelt. Diese – durch immer neue Berichte über drohende „menschengemachte“ Umweltkatastrophen bestätigte – Sorge wird in dem Maße unglaubwürdig, wie Wachstum an sich als Maßstab für den Erfolg genommen wird, während die ökologischen Folgen bloßen Wachstums unbeachtet bleiben.

2. Konjunktur: Aufschwung ohne dauerhafte Grundlage

Die Triebkräfte für den konjunkturellen Aufschwung sind in erster Linie der Export (preisbereinigt plus 12,4 Prozent) und die private Investitionstätigkeit. Gerade letzterer kommt eine besondere Bedeutung zu, da der Export bereits in der Vergangenheit ständig hohe Zuwächse zu verzeichnen hatte, ohne dass es zu einem Aufschwung gekommen wäre. Der positive Effekt des Außenhandels konnte in der Vergangenheit jedoch gerade einmal die negativen Effekte auf Wachstum und Beschäftigung durch die anhaltend schwache Binnennachfrage kompensieren („gespaltene Konjunktur“). Erst der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen (plus 7,3 Prozent) und der Bauinvestitionen (plus 3,6 Pro-

zent) führte bei weiterhin florierender Exportwirtschaft zu einem Anstieg der Binnennachfrage und auf diesem Wege zum konjunkturellen Aufschwung.

Damit wird deutlich, dass der Aufschwung weder ein später Erfolg der „Agenda 2010“ noch ein schneller Erfolg der Großen Koalition ist. Positiv ausgewirkt hat sich einzig die Tatsache, dass die große Koalition den harten Restriktionskurs der Vorjahre abgemildert hat. Dieser nachlassende Druck auf die Wachstumsbremse ist aber allenfalls ein Hauch einer notwendigen antizyklischen Fiskalpolitik.

Der für den Aufschwung zentrale Anstieg der privaten Investitionstätigkeit basiert im Wesentlichen auf notwendigen Ersatz- und Modernisierungsinvestitionen in Ausrüstungen und Bauten. Insofern spiegelt sich hier der „normale“ Konjunkturzyklus wider, da Investitionen früher oder später getätigt werden müssen, um die Produktionsfähigkeit zu erhalten. Dieser „normale“ Konjunkturzyklus hat in diesem Fall aber eine gewissermaßen „unnormale“ Komponente, da er nur durch die Investitionen, nicht aber durch eine deutlich gestiegene private Verbrauchsnachfrage getragen wird. Da bisher die seit Langem abwärts gerichtete Entwicklung der Löhne und Gehälter nicht gebrochen werden konnte, fehlt dieser wichtige Antrieb für einen dauerhaften Aufschwung fast völlig. Die Nettolöhne und -gehälter sind 2006 nur um 0,3 Prozent gestiegen; in 2005 waren sie sogar um 0,3 Prozent gefallen. Da die Verbraucherpreise 2006 um 1,7 Prozent (2005 um 2,0 Prozent) angestiegen sind, hat sich der Realeinkommensverlust weiter fortgesetzt. Er belief sich 2006 auf 1,4 Prozent nach 2,3 Prozent in 2005, insgesamt gegenüber 2004 also auf fast 4 Prozent. Zusätzliche Einschnitte drohen den Aufschwung schnell wieder abzuwürgen: Allein die Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 19 Prozent belastet die Nachfrage in 2007 mit fast 24 Milliarden Euro. Hinzu kommen die Kürzungen bei der Pendlerpauschale, höhere Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge etc. Das so genannte „Investitionsprogramm“ der Großen Koalition ist demgegenüber mit 25 Milliarden Euro über vier Jahre verteilt viel zu klein, um die vielfältigen Belastungen der Binnennachfrage ausgleichen zu können. Rechnet man alles zusammen wird der Wirtschaft 2007 durch die finanzpolitischen Maß-

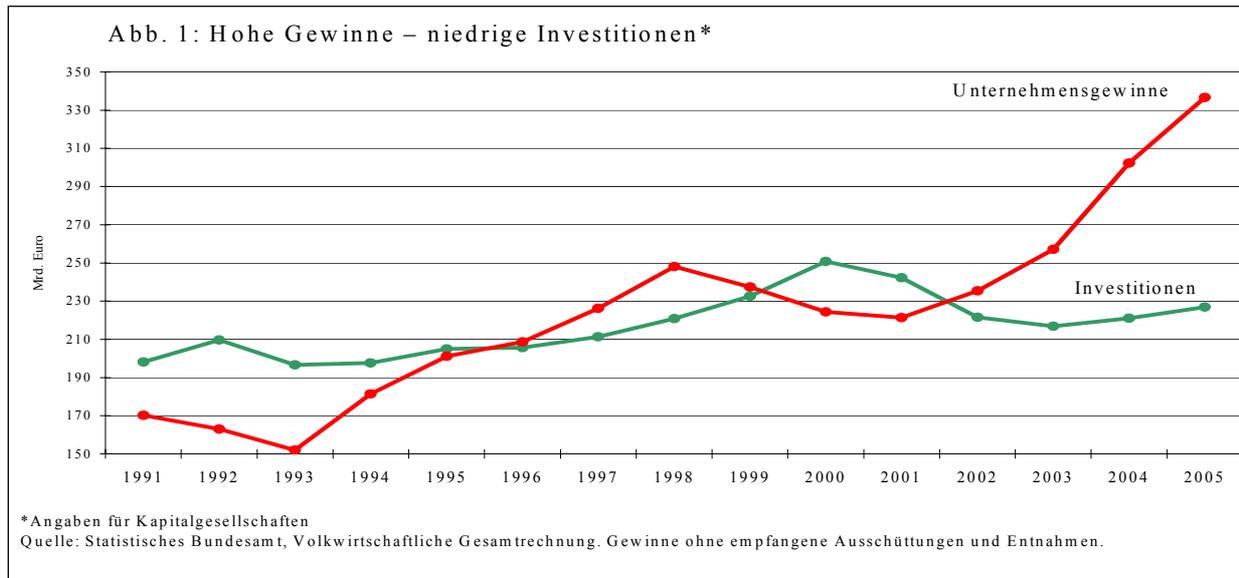
nahmen des Staates Nachfrage in Höhe von fast 30 Milliarden Euro entzogen.¹

Damit besteht die große Gefahr, dass die derzeitige Investitionskonjunktur, die primär dem Erhalt des Produktionsapparates dient, bald ausläuft und nicht durch Erweiterungsinvestitionen fortgeführt bzw. verstärkt wird. Letztere werden nur dann getätigt, wenn Unternehmen einen Anstieg der Nachfrage erwarten. Insofern kommt der Lohnrunde 2007 eine zentrale Bedeutung zu: Nur wenn es gelingt, den Abwärtstrend bei den Masseneinkommen nicht nur zu stoppen, sondern umzukehren, wird die Binnennachfrage nachhaltig steigen und einen positiven Einfluss auf die Investitionstätigkeit ausüben können.

Die jüngere Vergangenheit hat deutlich gezeigt, dass die zentrale Legitimation für eine Umverteilung von unten nach oben, für sinkende Löhne und längere Arbeitszeiten falsch ist. Knapp wurde dies mit der so genannten „GIB-Formel“ propagiert, wonach die **Gewinne** von heute, die **Investitionen** von morgen und die **Beschäftigung** von übermorgen seien. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* hat diese Formel seit jeher kritisiert, da in dieser Argumentationskette die zentrale Rolle der Nachfrage völlig vernachlässigt wird. Werden Gewinne zu Lasten der Masseneinkommen gesteigert, verschlechtern sich automatisch die Absatzbedingungen der Unternehmen. Gelingt es diesen immer weniger ihre laufende Produktion abzusetzen, werden auch bei steigenden Gewinnen keine arbeitsplatzschaffenden Investitionen getätigt. Tatsächlich haben die letzten Jahre diese Entwicklung eindrucksvoll bestätigt: Die Gewinne allein der Körperschaftsteuerpflichtigen Kapitalgesellschaften sind zwischen 2000 und 2006 um 50 Prozent von 224 Milliarden Euro auf 337 Milliarden Euro gestiegen. Trotzdem gab es 2004 und 2005 – nach einem über mehrere Jahre dauernden Rückgang – nur einen kaum merklichen Anstieg der Investitionen. Im Vergleich zum Jahr 2000 lagen die Investitionen im vergangenen Jahr mit 227 Milliarden Euro sogar um rund 10 Prozent unter dem Niveau von 2000 (251 Milliarden Euro) (vgl. Abb. 1).

Die GIB-Formel ist also offensichtlich falsch. Sie sollte durch die ENA-Formel ersetzt werden: Steigende **Einkommen** heute führen zu einer wachsenden **Nachfrage** morgen und

¹ Vgl. IMK-Report, Nr. 14, Oktober 2006, S. 24.



mehr **Arbeitsplätzen** übermorgen. Dies macht eine Wende in der Wirtschafts- wie in der Tarifpolitik notwendig.

Ein besonderes Problem stellen nach wie vor die **neuen Bundesländer** dar, die überhaupt nicht vom Konjunkturaufschwung profitieren haben. Der Aufholprozess in der BIP-Leistung je Einwohner kam trotz sinkender Einwohnerzahl nicht voran und die Zahl der prekären Arbeitsverhältnisse wuchs. Weiterhin liegen Produktivität und Einkommen in Ostdeutschland um mehr als 20 Prozent unter dem westdeutschen Niveau. Bei einem Anteil von 20 Prozent an der gesamten Bevölkerung werden im Osten nur 15 Prozent des gesamtdeutschen BIP produziert – während gleichzeitig über 30 Prozent der Arbeitslosen in den neuen Bundesländern zu verzeichnen sind.

Dieses Ergebnis erscheint in Westdeutschland umso unbegreiflicher, als der „Aufbau Ost“ seit 1990 mit staatlichen Fördermitteln in Höhe von 250 Milliarden Euro angeschoben und subventioniert wurde. Es muss also andere, strukturelle Gründe für ein so misslungenes Resultat geben: Im Osten fehlen vor allem Unternehmen mit hohem Produktivitäts-, Einkommens-, Export- und Beschäftigungsniveau – es fehlt eine umfangreiche Industrie, insbesondere Großbetriebe, Produktionsnetzwerke und komplexe Standorte mit betrieblichen FuE-Abteilungen sowie Leitungszentralen internationaler Konzerne. Ostdeutschland ist längst auf einen ökonomischen Entwicklungspfad eingeschwenkt, der die Schere in der innerdeutschen Produktivitäts- und Einkommensentwicklung wieder weiter öffnet und die Vorbedingungen für eine Rückführung der West-Ost-Transferleistungen durch

höhere regionale Eigenleistungen verschlechtert. Ostdeutsche industrielle Struktur- und Potenzialdefizite verfestigten sich, die Wohnbevölkerung wird auch weiterhin dramatisch zurückgehen, und subregionale Verödungsprozesse einsetzen. Infolge der Finanzkrise bei den regionalen Gebietskörperschaften kommt es zu weiteren kommunalen, kulturellen und sozialen Rückständen und Fehlentwicklungen. Die notwendige Kurskorrektur der Wirtschaftspolitik ist jedoch nicht in Sicht.

3. Arbeitsmarkt: Prekäre Erfolge

Trotz der Verringerung der Zahl der registrierten Arbeitslosen – um 374.000 auf rund 4,5 Millionen im Jahresdurchschnitt 2006 – trägt der aktuelle Konjunkturaufschwung nicht zur Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt bei. Er verhindert nicht einmal eine Verschlechterung für diejenigen, die bereits heute zu den benachteiligten Personengruppen am Arbeitsmarkt gehören. Das betrifft insbesondere die Langzeitarbeitslosen. Ihr Anteil an den Arbeitslosen insgesamt ist von 61 Prozent im Dezember 2005 auf 64 Prozent im Dezember 2006 gestiegen. Die Abnahme der Gesamtzahl der Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II ist vor allem darauf zurückzuführen, dass Arbeitsuchende durch die Regelungen zur Zumutbarkeit und zur verschärften Anrechnung von Partnereinkommen in die stille Reserve gedrängt wurden. Die regionale Spaltung des Arbeitsmarktes bleibt erhalten. In Ostdeutschland war die Arbeitslosenquote Ende 2006 (auf Basis der zivilen abhängig Beschäftigten)

mit 17,4 Prozent fast doppelt so hoch wie in Westdeutschland mit 9,0 Prozent.

Die Politik wirkt der räumlichen und sozialen Spaltung des Arbeitsmarktes nicht entgegen, sondern verschärft sie noch. Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente, die für einen Ausgleich von Benachteiligungen am Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, werden immer weniger genutzt.

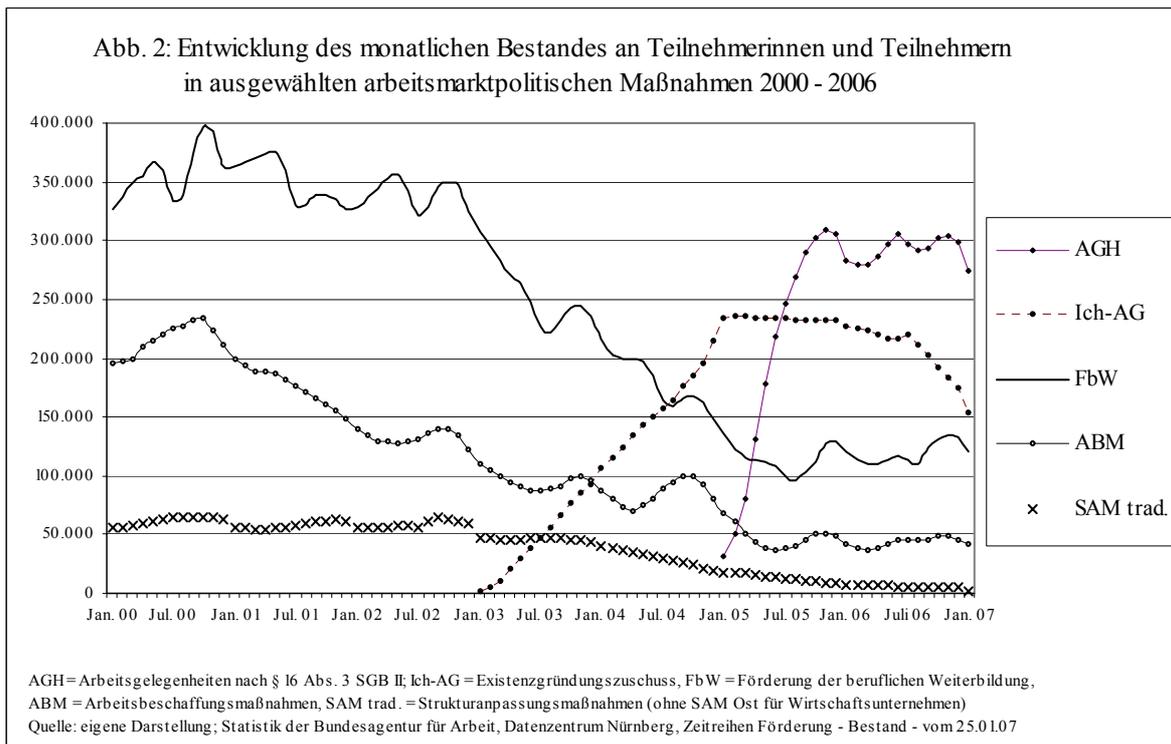
Abbildung 2 zeigt den drastischen Rückgang der klassischen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik (Förderung der beruflichen Weiterbildung – FbW, ABM und SAM) in den letzten Jahren. Massiv angestiegen sind dagegen die mit den Hartz-Reformen eingeführten Förderungen der Ich-AG und der Arbeitsgelegenheiten (so genannte Ein-Euro-Jobs).

Diese Umsteuerung ist auch die Ursache des als nahezu sensationell gefeierten Überschusses der Bundesanstalt für Arbeit (BA) im Jahr 2006. Die Ausgaben der BA für aktive Leistungen betragen 2000 noch 14 Milliarden Euro (inklusive des Bundeszuschusses), im Jahr 2006 wurden im Rahmen des SGB III aber nur noch 2,5 Milliarden Euro im Eingliederungstitel verausgabt. Der Überschuss der BA lässt sich also durch die rigiden Kürzungen der freiwilligen Eingliederungsleistungen weitgehend erklären. Hinzu kommt die Konzentration der Vermittlungsbemühungen auf „teure“, d. h. qualifizierte und erst

relativ kurzzeitig Arbeitslose. Dies belegt, dass bei der ohnehin zweifelhaften Ideologie des „Förderns und Forderns“ das Fördern mittlerweile völlig ins Hintertreffen geraten ist. Die Absenkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung ist daher insgesamt angesichts des anhaltenden Niveaus der registrierten, aber auch der verdeckten Arbeitslosigkeit, eindeutig ein Irrweg.

Die unverminderte und weiterhin zunehmende Dramatik auf dem Arbeitsmarkt und der kontraproduktive Charakter der Arbeitsmarktpolitik wird durch einen Blick auf die langfristigen Entwicklungstendenzen des Erwerbspersonenpotenzials und des Arbeitsvolumens deutlich (vgl. Abb. 3):

Das Arbeitsvolumen ist in der Tendenz stetig gesunken und 2005 für Gesamtdeutschland auf den Ausgangswert der Bundesrepublik von 1960 zurückgefallen. Parallel dazu ist jedoch das Erwerbspersonenpotenzial um mehr als zwei Drittel von 27 Millionen auf 45 Millionen Personen gestiegen. Die Folgen waren zum einen eine massive Zunahme der offenen und verdeckten Arbeitslosigkeit – auf 7,6 Millionen Personen in 2005 – sowie zum anderen – vor allem seit dem Beginn der 80er Jahre – ein drastischer Anstieg der Teilzeitarbeit. Im Jahr 2006 arbeiteten 11,5 Millionen Personen 2006 in Teilzeit durchschnittlich nur 14,3 Wochenstunden. Damit stellten sie 33 Prozent der Erwerbstätigen, verfügten aber



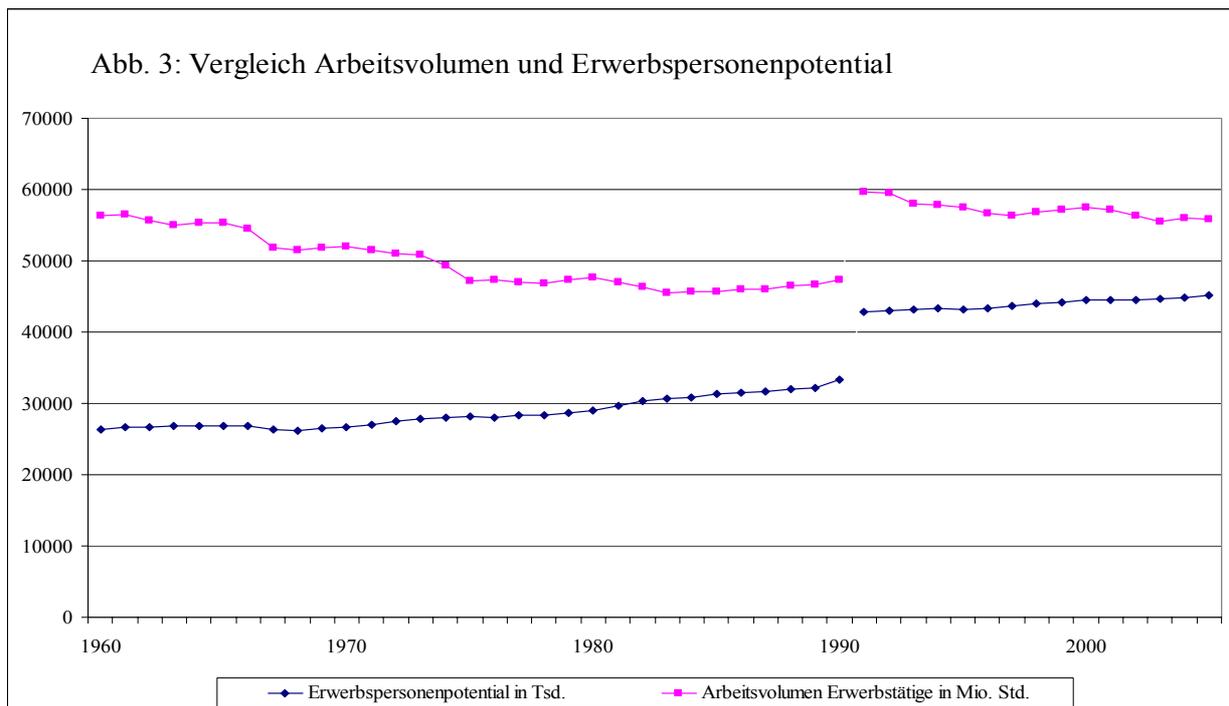
nur über 15 Prozent des Arbeitsvolumens und rund 10 Prozent des Einkommens.

Die hohe Teilzeitquote bewirkte, dass die Wochenarbeitszeit aller Beschäftigten 2006 im Durchschnitt nur noch 30,3 Stunden betrug. Dies hat dazu beigetragen, die Probleme am Arbeitsmarkt teils zu entschärfen und teils zu verdecken. Wenn Regierung und Unternehmen jetzt versuchen, die Gesellschaft auf eine Erhöhung der tariflichen Vollzeit zu orientieren, wird das zu einer weiteren Verschärfung der ohnehin schon massiven Arbeitsmarktprobleme führen. Stattdessen wäre eine deutliche Verkürzung der individuellen Arbeitszeit für alle erforderlich. Die Vorteilhaftigkeit einer solchen Arbeitszeitverkürzung wird durch die Geschichte der Bundesrepublik eindrucksvoll belegt. Selbst in der Phase des sog. Wirtschaftswunders ist das Arbeitsvolumen stetig gesunken – in den 1960er und 1970er Jahren sogar stärker als in den folgenden Jahrzehnten. Ohne die Einführung der Fünftagewoche und die Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 44,5 Stunden (1960) auf 40,5 Stunden (1973) wäre die Phase der relativen Vollbeschäftigung damals deutlich kürzer ausgefallen. Um die Probleme am Arbeitsmarkt langfristig zu lösen, ist es daher notwendig, hier wieder anzuknüpfen. Eine dem Produktivitätsfortschritt angepasste schrittweise Verkürzung der durchschnittlichen tariflichen Vollzeit auf zunächst 30 Wochenstunden würde in Verbindung mit einer Ausweitung des öffentlichen Sektors die Arbeitslosigkeit erheblich vermindern.

4. Neoliberales Business as usual: Kritik der Wirtschafts- und Sozialpolitik

4.1 Finanzpolitik: Spar- und Steuerpolitik für höhere Gewinne

Auch in der Finanzpolitik zieht die deutsche Regierung aus positiven Entwicklungen die falschen Schlüsse. Positiv ist, dass im vergangenen Jahr die gesamten Steuereinnahmen um rund 30 Milliarden Euro zugenommen haben. Dies war jedoch ausschließlich auf das kräftige Wirtschaftswachstum und nicht auf eine auf das Gemeinwohl verpflichtete Finanzpolitik zurückzuführen. Die Finanzpolitik hat vielmehr weiterhin bremsend gewirkt, wenn auch nicht mehr so stark wie in den Vorjahren. Immerhin hat es positiv gewirkt, dass die Bundesregierung in ihren Planungen eine öffentliche Neuverschuldung von 38 Milliarden Euro (die deutlich über dem Betrag der öffentlichen Investitionen von 15 Milliarden Euro lag) wenn auch zähneknirschend akzeptiert und damit den Restriktionskurs zwar nicht aufgegeben aber gelockert hatte. Das Ergebnis war ein um 10 Milliarden Euro geringeres Defizit des Bundeshaushaltes als geplant. Leider zieht die Bundesregierung hieraus nicht die vernünftige Schlussfolgerung, mit den zusätzlichen Steuereinnahmen nachhaltiges Wachstum und ökologischen Umbau zu fördern, gut ausgestattete Arbeitsplätze zu schaffen und öffentliche Dienstleistungen auszubauen. Sie ist vielmehr dazu entschlossen, über neue Ausgabenkürzungen bei der Infrastruktur und den sozialen Leistungen



in den nächsten Jahren die öffentliche Neuverschuldung auf Null zu senken. Das ist ein völlig kontraproduktives Programm, das die Gunst der Stunde nicht nutzt sondern verstreichen lässt. Dessen schädliche Folgen werden durch die seit Beginn dieses Jahres wirksame Mehrwertsteuererhöhung um drei Prozentpunkte verstärkt, auch wenn sich letztere anscheinend erst mit zeitlicher Verzögerung in Preissteigerungen durchsetzt.

Statt dieses unvernünftigen und schädlichen Programms schlagen wir vor:

- Wirtschaftswachstum und ökologischen Umbau durch ein öffentliches „Zukunfts-Investitionsprogramm“ (ZIP) mit einem Einstiegsvolumen von jährlich 40 Milliarden Euro zu fördern, in dessen Folge auch die Steuereinnahmen anhaltend deutlich zunehmen werden;
- das Steueraufkommen und die Steuerquote (d. h. den Anteil der Steuern am BIP) durch die stärkere Belastung der Bezieherinnen und Bezieher hoher Einkommen und Besitzerinnen und Besitzer großer Vermögen sowie durch eine rigorose Bekämpfung von Steuerflucht und -hinterziehung anzuheben und durch diese Besteuerung nach der individuellen Leistungsfähigkeit zugleich mehr Steuerberechtigung zu schaffen;
- eine zusätzliche öffentliche Kreditaufnahme in dem Maße als nützlich zuzulassen, wie hierdurch Maßnahmen finanziert werden, die die produktive und natürliche Basis und den sozialen Ausgleich fördern und damit den Lebensstandard künftiger Generationen sichern.

Völlig in die falsche Richtung gehen die Pläne der Bundesregierung für die Reform der Unternehmensteuer sowie der Kapitalertragsteuer:

Bei der **Unternehmensteuerreform** sollen die aktuell geltenden Gesamtsteuersätze bei Körperschaftsteuerpflichtigen Kapitalgesellschaften von knapp 39 Prozent (einschließlich der Gewerbesteuer) um ein gutes Viertel auf knapp 29 Prozent gesenkt werden. Der Körperschaftsteuersatz geht von 25 auf 15 Prozent zurück. Um die hierdurch bewirkten Einnahmeausfälle auf fünf Milliarden Euro zu begrenzen, will die Bundesregierung zugleich die Bemessungsgrundlage verbreitern, auf die der niedrigere Steuersatz angewandt wird: So sollen Fremdkapitalzinsen nicht mehr kom-

plett als Betriebsausgaben absetzbar sein (Zinsschranke), Verlustvorträge beschränkt und Verlagerungen ins Ausland durch Besteuerung des Gewinnpotenzials verteuert werden; schließlich ist vorgesehen, von der degressiven zur linearen Abschreibung überzugehen. Wir begrüßen die Richtung dieser Einschränkungen. Sie werden zum einen dennoch nicht verhindern, dass die Steuerausfälle erheblich größer als geplant ausfallen und mindestens 10 Milliarden Euro betragen werden. Zum anderen ist mit einer solchen Reform gesamtwirtschaftlich nichts gewonnen aber viel gefährdet. Es ist empirisch belegt, dass niedrige Gewinnsteuern die Attraktivität eines Landes als Investitionsstandort nur marginal beeinflussen. Am Ende der internationalen Steuerkonkurrenz stehen vielmehr zerrüttete Staatsfinanzen, mit denen die für Unternehmen entscheidende materielle und soziale Infrastruktur nicht mehr zu finanzieren ist. Was überdies bleibt ist die erneute Umverteilung von unten nach oben.

Als geradezu skandalös bewerten wir die beabsichtigte Einführung einer 25-prozentigen **Abgeltungsteuer** für Zinsen, Dividenden und Spekulationsgewinne. Die Stoßrichtung dieser Reform zielt nur auf die Entlastung der oberen Einkommensschichten, die faktisch allein über Kapitalvermögen verfügen. Je reicher sie sind, desto mehr profitieren sie von der Abgeltungsteuer. Die Rechnung hierfür zahlen zum einen die Bezieherinnen und Bezieher mittlerer oder höherer Einkommen, für die der persönliche Spitzensteuersatz zur Zeit 42 Prozent beträgt (nur bei Einkommen über 300.000 Euro liegt er aufgrund der sog. Reichensteuer bei 45 Prozent). Die Rechnung müssen zum anderen aber auch die Verbraucherinnen und Verbraucher, also in der Mehrheit Menschen mit mittlerem oder geringem Einkommen zahlen.

Statt dieser ökonomisch kontraproduktiven und sozial extrem ungerechten Reformen schlagen wir die folgenden Maßnahmen vor:

- Bei der Einkommensteuer wird der Spitzensteuersatz von derzeit 42 Prozent auf 48 Prozent ab einem zu versteuernden Einkommen von 60.000 Euro/120.000 Euro (für Ledige/Verheiratete) erhöht.
- Der Körperschaftsteuersatz wird von heute 25 auf 30 Prozent angehoben.
- Die Gewerbesteuer wird in eine Gemeindegewerbesteuer auf der Basis der Wert-

schöpfung überführt. Sie bleibt im Prinzip im Rahmen der Einkommensteuer abzugsfähig.

- Reaktiviert wird die Vermögensteuer mit einem Steuersatz von 1 Prozent unter Berücksichtigung ausreichender Freibeträge (bei einem 4-Personenhaushalt mindestens 500.000 Euro).
- Bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer bildet entsprechend dem jüngsten Urteil des Bundesverfassungsgerichtes bei Immobilien sowie Grund und Boden der Verkehrs- bzw. Marktwert die Basis der Besteuerung. Die derzeit viel zu üppigen Freibeträge sowie die Staffelung der Steuersätze nach Verwandtschaftsgrad und Vermögenhöhe werden reduziert.

4.2 Gesundheitsreform 2007: Erfolg der Lobby gegen Versicherte und Kranke

Die ab 1. April 2007 durch das „GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz“ geltende Gesundheitsreform löst kein einziges der vielfältigen Probleme und keine der Herausforderungen, vor denen die deutsche Gesundheitspolitik steht. Zu den wichtigsten dieser Herausforderungen zählt es, die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) auf eine dauerhaft tragfähige Grundlage zu stellen und die zum Teil eklatanten Gerechtigkeitsdefizite im Finanzierungs- und Versicherungssystem zu beseitigen.

Der Gesundheitsfonds stellt zwar eine neue organisatorisch-institutionelle Struktur dar, trägt aber nichts zur Lösung der Finanzierungsprobleme der Gesetzlichen Krankenversicherung bei. Weder sollen die Versicherungspflichtgrenze angehoben oder gar beseitigt noch die Beitragsbemessungsgrenze erhöht oder andere Einkunftsarten zur Beitragsbemessung herangezogen werden. Das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz wird die bestehenden Gerechtigkeitsdefizite im Gesundheitswesen verschärfen, indem es über den Gesundheitsfonds die Kosten weiter auf die Versicherten sowie Patientinnen und Patienten verlagert. Die Einführung von Selbstbehalt- und Beitragsrückerstattungstarifen bewirkt zudem eine Entsolidarisierung zwischen den GKV-Versicherten und geht zu Lasten vor allem der chronisch Kranken.

Die von vornherein unzureichenden Bestimmungen zur Effizienzsteigerung der Krankenversorgung sind im Reformprozess unter dem

lobbyistische Einfluss der Verbände der privaten Krankenversicherung, der niedergelassenen Ärzte, der Apotheker und der Arzneimittelhersteller noch einmal erheblich verwässert worden.

Im Zentrum einer alternativen Gesundheitspolitik sollte die Einführung einer Bürgerversicherung stehen, in die auch Beamte und Selbstständige einbezogen werden. Das Einkommen, das für die Höhe der Beiträge maßgeblich ist, umfasst dabei neben den Löhnen und Gehältern – auf die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite jeweils hälftig die Beiträge zahlen – auch andere Einkommen wie Gewinne, Zinsen, Mieten etc. Die Beitragsbemessungsgrenze wird von gegenwärtig 3.560 Euro auf das für Renten- und Arbeitslosenversicherung geltende Niveau von 5.250 Euro angehoben. Um zu gewährleisten, dass Vermögenseinkommen zur Finanzierung der Gesundheitspolitik herangezogen werden, erfolgt die Festsetzung für diese Einkommen in einem getrennten Schritt (Zwei-Säulen-Modell).

4.3 Rente ab 67: Sozialabbau durch die Hintertür

In der Debatte um die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre spielt die Frage nach der Finanzierbarkeit der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) eine herausragende Rolle. Der unter Rot-Grün vollzogene Schritt hin zu einer einnahmeorientierten Ausgabenpolitik in der GRV ist maßgeblich für die nun diskutierte Anhebung der Regelaltersgrenze verantwortlich. Einerseits sollen das Sicherungsniveau der Rente bis 2030 nicht unter 43 Prozent (vor Steuern) sinken und der Beitragssatz nicht über 22 Prozent steigen. Andererseits führen stagnierende Löhne und die hohe Erwerbslosigkeit in Kombination mit den Dämpfungsfaktoren der GRV zu langfristig stagnierenden Renten. Um dennoch die beiden Prozentziele zu erreichen, wird die Rentenbezugsdauer herabgesetzt. Sollte sich die Beschäftigung und Lohnentwicklung in den nächsten Jahren nicht deutlich verbessern, wird dieser Zielkonflikt erneut auftreten.

Wir haben in früheren Memoranden bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass der Verweis auf die demografische Entwicklung als Begründung für diese Rentenreform nicht greift und auf einem Gedankenfehler beruht.

Die zur Finanzierung lebensstandardsichernder Renteneinkommen bei einer alternden Bevölkerung erforderlichen zusätzlichen Mittel können ohne Einkommenseinbußen für die aktive Bevölkerung problemlos aus steigenden paritätisch finanzierten Versicherungsbeiträgen aufgebracht und aus den Ergebnissen steigender Produktivität finanziert werden.

Die von der SPD eingebrachte Regelung für „besonders langjährig Versicherte“ – nach 45 Pflichtbeitragsjahren bereits mit 65 abschlagsfrei in Renten gehen zu dürfen – nutzt fast ausschließlich Männern ohne belastende Tätigkeiten mit überdurchschnittlicher Entlohnung, und dieser bevorzugte Personenkreis lebt dann als Rentner im Durchschnitt noch wesentlich länger. Andere Personen erreichen diese Bedingungen in der Realität kaum.

Die entscheidenden Weichen zur Minderung des Sicherungsniveaus und die Ausweitung der Kapitaldeckung wurden also bereits von der rot-grünen Bundesregierung gestellt. Günstiger ist die Altersvorsorge dadurch nicht geworden. Lediglich die Kosten werden in steigendem Maße von den Beschäftigten getragen. Die Unternehmen insgesamt wurden und werden dadurch entlastet. Überdies können Banken, Versicherungen und andere Finanzinstitute auf dem lukrativen Markt der privaten Altersvorsorge zusätzliche Gewinne erzielen.

Durch die Rente ab 67 wird die Altersarmut zunehmen, denn sie bekämpft nicht die Ursachen – hohe Erwerbslosigkeit und Niedriglöhne –, sondern zwingt viele dazu, zukünftig mit höheren Abschlägen in Rente zu gehen. Diese dürfte dann immer häufiger unterhalb der Sozialhilfe liegen. Alternativen zu diesem Sozialabbau liegen zum einen in der paritätischen Finanzierung steigender Rentenversicherungsbeiträge durch die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmerseite, sowie zum anderen und vor allem in einer expansiven Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik, um sowohl die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse steigen zu lassen als auch die Beschäftigten über Lohn- und Gehaltserhöhungen (und damit erhöhten Beiträgen) an den Produktivitätsfortschritten zu beteiligen. Dann wären auch steigende Rentenausgaben solide zu finanzieren.

4.4 EU: Deutsche Verantwortung für europäische Ungleichgewichte

In der Europäischen Union (EU) gibt es auch während des gegenwärtigen bescheidenen Konjunkturaufschwunges keine ernsthaften Versuche die anhaltenden sozialen Probleme – weiterhin hohe Arbeitslosigkeit, steigende Armut, zunehmende Ungleichheit – mit neuer Entschlossenheit anzugehen. Die Hauptverantwortung hierfür liegt bei der deutschen Regierung, die für das erste Halbjahr 2007 die Ratspräsidentschaft innehat. Sie hat die weitere Marktöffnung sowie die „Wiederbelebung des Verfassungsprozesses“ zu ihren vorrangigen Projekten erklärt. Aber auch eine dritte Auflage der Lissabon-Strategie – nach 2000 und 2005 – wird die europäische Wirtschaft nicht neu beflügeln, und die weitere Öffnung der Finanzmärkte wird die bereits zu beobachtende Entstehung einer neuen Spekulationsblase beschleunigen. Der Versuch, den in Frankreich und den Niederlanden durch Volksabstimmung abgelehnten Verfassungsentwurf erneut vorzulegen, wäre nicht nur ein massiver Affront gegenüber den Menschen in diesen Ländern; er wäre überdies wegen der auch in anderen Ländern kritischer gewordenen Öffentlichkeit zum Scheitern verurteilt. Eine andere Verfassung, die grundlegende Eckpfeiler eines europäischen Sozialmodells enthält, die demokratischen Institutionen und Verfahren in der EU regelt und auf detaillierte wirtschaftspolitische Vorgaben verzichtet, wäre zwar prinzipiell akzeptabel. Ihre Verabschiedung setzt aber eine breite öffentliche Diskussion voraus, von der gegenwärtig keine Rede sein kann.

Für den Zusammenhalt der EU sind der Aufbau einer neuen außenwirtschaftlichen Dominanzposition Deutschlands und die damit einhergehenden innereuropäischen Ungleichgewichte beunruhigend. Die seit 2003 erreichte Position des Exportweltmeisters geht überwiegend zu Lasten der übrigen Mitgliedsländer der EU und wird durch politisch gestütztes Lohndumping gegenüber den Ländern der EU15 abgesichert. Von allen Ländern der EU sind die realen Lohnstückkosten nur in Deutschland in den letzten zehn Jahren gesunken. Dies schlug sich in besonders niedrigen Inflationsraten und den mit großem Abstand höchsten Leistungsbilanzüberschüssen nieder. Von 2000 bis 2006 hat Deutschland einen Leistungsbilanzüberschuss von insgesamt 338 Milliarden Euro angehäuft, während die EU25 insgesamt ein Defizit von 81 Milliarden Euro verzeichnete. Die scheinbare

Harmlosigkeit dieses gesamteuropäischen Defizits verwandelt sich in eine alarmierende Schieflage, wenn die EU ohne Deutschland betrachtet wird: dann wächst der kumulierte Fehlbetrag der EU25 auf fast 450 Milliarden Euro – der zu drei Vierteln durch Deutschland finanziert wird (vgl. Abb. 4). Auf die Dauer führt ein derartiges Handelsungleichgewicht in der EU unweigerlich zu Spannungen und Konflikten, die eine Gefahr für den Fortbestand der Gemeinschaft darstellen. Um dieser Gefahr zu begegnen steht vor allem Deutschland in der Verantwortung für eine stärkere Binnenorientierung der Wirtschaftspolitik.

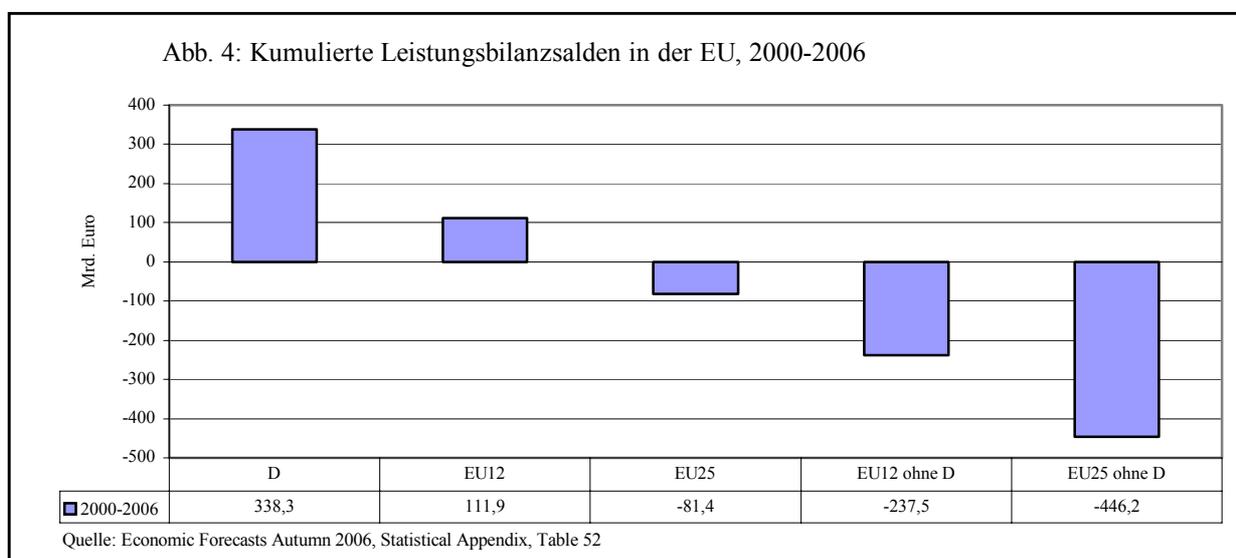
4.5 Hedgefonds und Private Equity: Destabilisierung und Ausplünderung

In den letzten Jahren haben internationale Finanzanleger auch in Deutschland und der EU eine außerordentliche Aktivität entwickelt. Eine besondere Rolle spielen dabei Private Equity-Firmen (PE) und Hedgefonds (HF). Das Geschäftsmodell von PE besteht darin, „unterbewertete“ nicht börsennotierte Unternehmen aufzukaufen, „umzustrukturieren“ und nach wenigen Jahren mit hohem Gewinn wieder zu verkaufen. Sie sind auch eine treibende Kraft und wichtiger Käufer bei der Privatisierung öffentlicher Unternehmen. Demgegenüber investieren HF das von ihnen eingesammelte Geld in hochspekulative Wertpapieren oder als Minderheitsanteile in börsennotierte Unternehmen. Dort machen sie Druck auf das Management, die Geschäftspolitik auf schnelle Kurssteigerungen und hohe

HF und PE haben drei problematische Charakteristika gemeinsam: Erstens haben sie ihren Rechtssitz überwiegend in sog. Offshorezentren, wie z. B. den Cayman-Inseln, und entziehen sich damit weitgehend einer wirksamen Finanzaufsicht. Zweitens kombinieren sie das von ihnen eingesammelte Fondskapital mit einem sehr hohen Kreditanteil, der bei PE zwischen 60 Prozent und 80 Prozent, bei HF oft über 90 Prozent der insgesamt angelegten Summe beträgt. Besonders problematisch ist dies bei PE, weil die Bedienung der neuen Schulden in der Regel den gekauften Unternehmen aufgebürdet wird und deren finanziellen Status damit massiv verschlechtern. Drittens sind weder PE noch HF an einer langfristigen Stärkung der produktiven Substanz der Unternehmen interessiert, in denen sie Geld anlegen. Ihnen geht es vielmehr um sehr kurzfristige Kurssteigerungen oder die Ausschüttung von Dividenden oder „Sonderdividenden“ bzw. um eine schnelle Steigerung der Wiederverkaufspreise der erworbenen Unternehmen. Mittel- und langfristig führt dies zu einem technologischen Rückstand der Unternehmen und damit letztlich zum Verlust ihrer Leistungs- und Lebensfähigkeit.

Die Gefahren finanzieller Destabilisierung und sozialer Polarisierung, die von PE und HF ausgehen, verlangen nach politischer Kontrolle und Steuerung. Wir schlagen vor:

- Für PE und HF, die in der EU bzw. in Deutschland tätig werden, müssen volle Transparenzvorschriften gelten. Deutschen Banken wird die Kreditvergabe an solche Fonds untersagt, die diesen Vor-



Ausschüttungen zu konzentrieren.

schriften nicht Genüge tun.

- Die steuerliche Vorzugsbehandlung von HF und PE (Steuerfreiheit von Veräußerungs- und Fondsgewinnen) ist abzuschaffen.
- Der Kreditanteil bei Investitionen von PE oder HF soll auf ein Drittel begrenzt werden.
- Für Lebensversicherungen und Pensionsfonds soll ein striktes Verbot der Investition in Hedgefonds oder Private Equity eingeführt werden.
- Für PE sollte ferner ein Verbot gelten, das investierte Fondskapital vorzeitig durch Sonderdividenden oder Entnahmen zugunsten der Fondseigentümer zurück zu gewinnen.
- Kredite an Hedgefonds sollten mit einem Gewicht von 300 Prozent in die Anforderung an haftendes Eigenkapital eingehen, insgesamt also mit 24 Prozent Eigenkapital unterlegt werden.
- Um die bei HF dominierende Orientierung an kurzfristigen Kurssteigerungen und/oder Ausschüttungen zu erschweren, soll das Stimmrecht bei Kapitalgesellschaften erst bei der zweiten ordentlichen Gesellschafterversammlung nach Erwerb der Anteile einsetzen.

4.6 Bildung: Kein Patentrezept gegen Armut

Von politisch konservativen Kräften und neoliberalen Protagonisten wird Bildung zunehmend als das entscheidende Instrument im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit und zum Abbau von Armut angesehen. Man müsse nur die Bildung für alle erhöhen und schon gebe es positive Effekte. Diese Argumentation halten wir für unzureichend und potenziell irreführend. Bildung ist zweifellos für jedes Individuum wichtig und die Basis für die Entwicklung zu einer eigenständigen Persönlichkeit. Nur mit Bildung wird der Mensch in die Lage versetzt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Ohne Bildung kann sich niemand adäquat an der demokratischen Mitgestaltung der Gesellschaft beteiligen. Es steht unseres Erachtens auch außer Frage, dass Bildung eine notwendige Voraussetzung für technologischen Wandel, Produktivität und Innovation und somit für gesamtwirtschaftliches Wachstum und gute Beschäftigung darstellt. Bildung ist aber keine hinreichende Bedingung zur Bekämpfung der Mas-

senarbeitslosigkeit und es reicht auch nicht, mit Bildung allein die Armut in einer Gesellschaft bekämpfen oder verhindern zu wollen. Wenn nicht genügend angemessen qualifizierte Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, nützt auch die beste Bildung nur wenig. Dies gilt für das duale System der Berufsausbildung genauso wie für das Hochschulsystem. Hierbei kommt es auch nicht nur auf ein quantitatives Gleichgewicht, sondern auch auf eine qualitative Entsprechung von ausgebildeten Menschen und Arbeitsplätzen an.

Wenig hilfreich ist die zurzeit geführte „Unterschichtdebatte“. Danach fühlen sich acht Prozent oder etwa sechs Millionen Menschen in Deutschland einer neuen Unterschicht zugehörig. Die Ursache hierfür sei aber, so wird behauptet, keine ökonomische, die sich aus einer immer tieferen Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich als Folge der neoliberalen Wirtschaftspolitik ergeben und verfestigt hat. Es handele sich vielmehr „lediglich“ um eine zunehmende bildungskulturelle Ungleichheit in der Gesellschaft. Bildungsarme und -ferne Schichten verfielen zunehmend in „unzivilisierte Lebensführungen“. Es fehle ihnen vor allem an der Bereitschaft, sich durch Anstrengung und Bildung zu entwickeln.

Eine andere Behauptung thematisiert den so genannten „vorbeugenden“ oder „aktivierenden“ Sozialstaat. Hier wird materielle Ungleichheit als wettbewerbliches Marktergebnis anerkannt bzw. für gesellschaftlich gerecht erklärt. Bildung hätte dabei die Funktion für Chancengleichheit zu sorgen. Jeder der im Wettbewerb an den Start gehe, müsse die gleichen Ausgangsbedingungen haben. Der Staat könne aber nicht mehr Sozialleistungen ohne Forderungen (Gegenleistungen) an den Empfänger abgeben nur weil er im Wettbewerbsprozess untergegangen ist. Mit diesem verklärenden, ideologischen Duktus wird von der zunehmenden ökonomischen Ungleichheit als Folge der Umverteilung von unten nach oben abgelenkt. Zwar fordern auch die herrschende Politik und das Unternehmerlager mehr Bildungsanstrengungen, und man ist sich auch einig, dass die Bildungsausgaben bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt gesteigert werden müssen. Gleichzeitig soll aber das öffentliche Gut Bildung zunehmend privatisiert und den Marktkräften überlassen werden, womit Bildung zu einer Funktion der Zahlungsfähigkeit wird. Außerdem stellen die

Unternehmen seit Jahren im dualen Berufsausbildungssystem nicht einmal ausreichend Ausbildungsplätze für junge Schulabgängerinnen und -abgänger zur Verfügung, und sie tun nach wie vor zu wenig auf dem Sektor der betrieblichen Weiterbildung.

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert eine Anhebung der staatlichen Bildungsausgaben auf zunächst fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts und zusätzliche Anstrengungen der Wirtschaft im Bereich betrieblicher Weiterbildungsmaßnahmen. Die Finanzierung der staatlichen Bildungsausgaben sollte uneingeschränkt aus Steuermitteln und nicht über (Studien)Gebühren erfolgen. Schulen und Hochschulen müssen solide finanziert werden. Zur Finanzierung der dualen Berufsausbildung plädieren wir für eine Finanzierungsabgabe, die von allen Unternehmen getragen werden sollte, die, obwohl sie im Sinne des Berufsbildungsgesetzes ausbildungsfähig sind, keine Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.

5. Alternativen: Mehr und bessere Beschäftigung, ökologischer Umbau, Gerechtigkeit – Demokratisierung der Wirtschaft

Im Folgenden skizzieren wir die Perspektive einer alternativen Wirtschaftspolitik, die auf eine grundsätzliche Demokratisierung der Wirtschaft als Grundlage gesellschaftlicher Demokratie gerichtet ist. Anschließend stellen wir ein Sofortprogramm für mehr und bessere Arbeitsplätze vor.

5.1 Die grundsätzliche Alternative: Wirtschaft demokratisieren

Die Geschichte des letzten Vierteljahrhunderts lehrt, dass neoliberale Politik die Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft untergräbt und auf ihre Zerstörung gerichtet ist. Dies belegt auf brutalste Weise das diktatorische Regime im Chile der 1970er Jahre, das von neoliberalen Kräften unterstützt und von neoliberalen Theorien begleitet worden war. Aber auch in parlamentarisch verfassten Gesellschaften greift der Neoliberalismus die Substanz gesellschaftlicher Demokratie an. Das Kapital braucht keine Demokratie. Denn diese beruht letztlich auf der Fähigkeit und den Möglichkeit aller Menschen, sich auf allen Ebenen an der Gestaltung der Gesell-

schaft, in der sie leben, in relevanter Weise zu beteiligen. Die Möglichkeit hierzu hängt aber davon ab, ob die Menschen ein Mindestmaß an materieller und sozialer Sicherheit haben. Dieses wird jedoch durch anhaltende Massenarbeitslosigkeit, zunehmende Armut, den Abbau sozialer Sicherungs- und arbeitsrechtlicher Schutzsysteme gefährdet.

Bis heute ist die deutsche Gesellschaft in eine repräsentative parlamentarische Demokratie als politischer Überbau und einen nicht demokratisierten ökonomischen Unterbau gespalten. In der Wirtschaft herrscht einseitig das Kapital – nach der weltweiten Liberalisierung der Märkte insbesondere das Finanzkapital. Auf den Märkten sind die Strukturen weitgehend vermachet und in den Unternehmen gibt es immer weniger Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten. Autokratische und paternalistische Führungsstile sind auf der einzelwirtschaftlichen Ebene an der Tagesordnung. Das „Investitionsmonopol“ (Erich Preiser) ist ungebrochen. Die Angst um den Arbeitsplatzverlust vor dem Hintergrund der Massenarbeitslosigkeit schüchtert die Menschen ein. Eine in den letzten Jahren vertiefte Segmentierung der Arbeitsmärkte in Stamm- und Randbelegschaften hat immer mehr prekäre Beschäftigungs- und Ausbeutungsverhältnisse geschaffen. Die Arbeit wurde individualisiert, d. h. jede und jeder einzelne Beschäftigte muss nun ihren oder seinen Anteil an der unternehmerischen Wertschöpfung individuell nachweisen. Selbst die kapitalistische Logik wurde dabei auf den Kopf gestellt. Nicht mehr der Profit ist Residualeinkommen, sondern zunehmend das kontraktbestimmte Arbeitseinkommen.

Gleichzeitig ist der Markt- und Wettbewerbsgedanke geradezu zu einem „Wahn“ mit „Realitätsverlust“ (John Kenneth Galbraith) degeneriert. Alles soll dem Wettbewerbsprinzip ausgesetzt werden, selbst die bisher (noch) uneingeschränkt anerkannten öffentlichen Güter wie Bildung und Gesundheit. Privatisierungsorgien öffentlicher Unternehmen und staatlicher Leistungen der Daseinsvorsorge mit Strom, Gas, Wasser, Post, Telekommunikation u. a. ergänzen die neoliberale Strategie der Umverteilung. Auf europäischer Ebene konkurrieren die einzelnen Länder um die Unternehmen, die in geradezu erpresserischer Art und Weise von der Politik im Sinne einer Standortkonkurrenz kapitalfreundliche Verwertungsbedingungen verlangen und nur noch

auf das Ziel Profitmaximierung ausgerichtet sind.

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* stellt dem die grundsätzliche Forderung nach mehr Demokratie auch in der Wirtschaft entgegen. Diese Demokratisierung bezieht sich auf die Makro-, die Meso- und die Mikroebene. Ein ganzheitliches Emanzipations- und Demokratisierungskonzept beinhaltet sowohl repräsentative als auch basisdemokratische Strukturen und Prozesse und soll schrittweise zur Herausbildung einer neuen Wirtschaftsordnung führen.

- Die Makroebene wird seit langem auf Druck des Kapitals in Richtung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik verengt. Dies verschärft den kapitalistisch immanenten Krisenprozess. Dem stellen wir erstens eine staatliche, in die Märkte intervenierende Wirtschaftspolitik zum Vorteil für die Mehrheit der Menschen entgegen. Hierdurch sollen sowohl suboptimale wettbewerbliche Marktprozesse ausgesteuert, ökologische Ansprüche berücksichtigt als auch verteilungsungerechte Marktergebnisse korrigiert werden. Zum Ansatz einer Wirtschaftsdemokratie zählt aber zweitens auch eine Struktur-(Industrie-)politik, die bis zur sektoralen Investitionslenkung reichen kann. Um diese neue Makropolitik durchzusetzen muss aber auch der politische Überbau, der Staat, verändert werden.
- Auf der Mesoebene bzw. auf der Marktebene muss die heute bestehende Marktmacht eingeschränkt und kontrolliert werden. Dies ist ein zweiter wichtiger Baustein der Wirtschaftsdemokratie. Je mehr Marktmacht sich ausbreitet, umso mehr kommt es zu Entdemokratisierungsprozessen nicht nur in der Wirtschaft. Daher setzen wir mit unserer Konzeption auf regulierte Märkte und einen stark kontrollierten Wettbewerb. Wettbewerbs- und Verbraucherschutzpolitik, aber auch die Mittelstandspolitik, sind diesbezüglich massiv auszubauen und durch europäisch verankerte Antikartellgesetze zu unterstützen.
- Auf der Mikroebene geht es um einen dreifachen Anspruch, nämlich erstens um eine Partizipation der abhängig Beschäftigten sowohl an den Entscheidungsprozessen in Betrieben und Unternehmen und zweitens um eine materielle Teilhabe an

den von den Beschäftigten geschaffenen Werten. Diese Teilhabe sollte, als Korrektur der völlig disproportionalen Verteilung des Vermögens und des Produktivkapitals in Deutschland, über den verteilungsneutralen Spielraum hinausreichen. Schließlich geht es drittens auch um den ethischen und moralischen Anspruch, die Freiheit der Individuen durch eine Zurückdrängung von entwürdigenden ökonomischen Abhängigkeiten und Fremdbestimmungen zu erweitern.

5.2 Sofortprogramm für mehr und bessere Arbeitsplätze

Wir haben in den letzten Memoranden immer wieder gezeigt, dass die so genannte neoklassische GIB-Formel falsch ist. Eine Politik, die sich an ihr ausrichtet, führt zu einer kontraproduktiven ökonomischen und sozialen Entwicklung. Der durch Umverteilung von unten nach oben herbeigeführte Gewinnaufschwung löst sich nicht in mehr Investitionen und Beschäftigung auf. Er fördert vielmehr eine weitere für die Wirtschaft gefährliche Aufblähung der Finanzmärkte durch funktionslos gewordene Gewinne, und er vertieft die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich. Trotz des Aufschwungs im Jahr 2006 ist die bundesdeutsche Wirtschaft nach wie vor in einem Teufelskreis aus Umverteilung, Wachstumsschwäche und Massenarbeitslosigkeit gefangen. Die durchschnittlichen Wachstumsraten sind – auch bei einer weiter boomenden Exportwirtschaft – zu gering, um die Beschäftigungslücke von über 7 Millionen fehlenden Arbeitsplätzen zu schließen. Überdies kann anhaltend hohes Wachstum aus ökologischen Gründen keine dauerhafte Lösung der ökonomischen und sozialen Probleme bringen.

Alternativen zu der von uns kritisierten Politik setzen auf den Ebenen staatlicher Wirtschaftspolitik und der Tarifpolitik an. Auf beiden Ebenen geht es darum, die falsche und irreführende GIB-Formel zu überwinden und stattdessen die ENA-Formel durchzusetzen: Steigende **Einkommen** von heute schaffen die **Nachfrage** von morgen und die **Arbeitsplätze** von übermorgen.

a) Lohnpolitischen Spielraum ausschöpfen

Eine zentrale Rolle bei der Sicherung dauerhaft guter Arbeitsplätze und ausreichender Einkommen spielt die Tarifpolitik. Solange

der verteilungsneutrale Spielraum aus Produktivitätssteigerung und Inflationsrate pro Jahr dauerhaft nicht in Form nominaler Lohn- und Gehaltserhöhungen ausgeschöpft wird, ist die Binnennachfrage zu schwach um die Arbeitsplätze zu sichern. Die Exportwirtschaft bietet hier keine Kompensation, ganz abgesehen davon, dass der deutsche Leistungsbilanzüberschuss zu Lasten der Defizitländer geht und auf die Dauer zu schweren Konflikten führen muss.

Betrachtet man die vergangene Verteilungsentwicklung, so haben sich die Unternehmer und Vermögenseigentümer auf Kosten der abhängig Beschäftigten massiv bereichert. Die Lohnquote sinkt seit Jahrzehnten und ist in den letzten Jahren geradezu abgestürzt. Um allein die effektive Verteilung des Volkseinkommens zwischen Kapital- und Arbeitseinkommen des Jahres 2000 wieder herzustellen, wäre 2007 eine Steigerung der Beschäftigten-Einkommen von fast 13 Prozent nötig. Es wäre ein Zeichen ökonomischer Vernunft, wenn in diesem Jahr zumindest der verteilungsneutrale Spielraum in den Tarifauseinandersetzungen voll ausgeschöpft werden würde. Wenn dies nicht gelingt, wird sich die Arbeitsmarktkrise von der lohnpolitischen Seite aus schnell wieder verschärfen.

b) Gesetzlicher Mindestlohn gegen prekäre Beschäftigung und gegen Armut trotz Arbeit

Eine weitere wichtige Maßnahme gegen eine zu schwache Binnennachfrage und gegen den sozialen Absturz ist ein gesetzlicher Mindestlohn. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert hier zunächst 1.500 Euro pro Monat, was einem Nettolohn von etwas über 1.000 Euro entspricht und über der Schwelle von 60 Prozent des durchschnittlichen Nettolohns liegt, die von der EU als Untergrenze für Armut vermeidende Löhne angesetzt worden ist. Bei einer faktischen Regelarbeitszeit von 168 Stunden im Monat entspricht das einem Bruttostundenlohn von 8,90 Euro, der bei einer von uns vorgeschlagenen Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden pro Woche oder 152 Stunden im Monat auf 9,90 Euro steigt. Das ist weder Luxus noch Komfort, aber doch ein Niveau, das ein materiell erträgliches Leben gewährleistet. Dass Mindestlöhne keine negativen Beschäftigungseffekte haben, zeigen die Länder, in denen sie bereits seit längerem bestehen. Die

allermeisten Unternehmen können vor dem Hintergrund ihrer positiven Absatz- und Gewinnentwicklung den Mindestlohn problemlos zahlen, ohne die Preise zu erhöhen. Kleinere Betriebe werden die Preise – je nach Anteil der Lohnkosten am Produktionswert – teilweise etwas erhöhen müssen. Da aber alle den gleichen Mindestlohn zahlen müssen, kann kein Betrieb mit Lohndumping aus der Reihe tanzen. Und schließlich steigt durch die höheren Einkommen der Niedrigeinkommensbezieherinnen und -bezieher unmittelbar die Nachfrage, was wiederum den auf die Binnenwirtschaft orientierten Betrieben zugute kommt.

c) Öffentliches Investitionsprogramm für Infrastruktur und ökologischen Umbau

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert schon seit Jahren ein umfangreiches öffentliches Investitionsprogramm. Schon mit einem Einstiegs volumen von jährlich 40 Milliarden Euro könnten ca. eine Million Arbeitsplätze geschaffen werden. Darüber hinaus würde eine Wende in der anhaltend dramatischen Unterfinanzierung von wichtigen Zukunftsbereichen (Bildung, Umwelt, Infrastruktur) eingeleitet. Wichtige Bausteine dieses Investitionsprogramms sind auch Projekte zum – offiziell immer geforderten, faktisch aber vernachlässigten – ökologischen Umbau: zur dezentralen Versorgung mit erneuerbaren Energien, zum Ausbau des ÖPNV, zur Stadtsanierung, der Umstellung der Landwirtschaft auf ökologisch verträgliche Produktion etc. Mit dem wichtigen Impuls für mehr Beschäftigung kann ein solches Programm auch der Verunsicherung und Einschüchterung vieler Menschen entgegenwirken. Dies würde ihre Widerstandskraft in den Betrieben und Branchen stärken und die Chancen für bessere Tarifabschlüsse steigern.

d) Ausweitung öffentlicher Dienstleistungen
Noch schneller und direkter als Investitionen in Infrastrukturen, Bauten und andere stoffliche Produktionsanlagen wirken Programme zur Ausweitung und Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen auf die Beschäftigung. In vielen Fällen sind öffentliche Investitionen im traditionellen Sinn überhaupt nur sinnvoll, wenn zugleich zusätzliches Personal eingestellt wird. Die öffentliche Hand spielt aber seit vielen Jahren eine Vorreiterrolle bei der

Vernichtung von Arbeitsplätzen. Sie hat zwischen 1996 und 2004 über 800.000 Vollzeit-arbeitsplätze abgebaut. Die Folgen für die Gesamtbeschäftigung und für die Bereitstellung öffentlicher Güter sind gravierend. Letztere fallen in erster Linie bei denen an, die auf öffentliche Dienstleistungen wegen niedriger Einkommen oder sonstiger schwacher sozialer Positionen besonders angewiesen sind. Für sie ist Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst sehr oft gleichzusetzen mit Sozialabbau. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* schlägt vor, dass der öffentliche Sektor im Rahmen einer neuen demokratischen Wirtschaftspolitik zu einer Hauptgrundlage für neue Arbeitsplätze und eine Aufwertung öffentlicher Dienstleistungen gemacht wird. Mit 30 Milliarden Euro pro Jahr könnten rund eine Million neue Arbeitsplätze geschaffen werden: In der Kinderbetreuung, den Schulen, Hochschulen und der Weiterbildung, in den Gesundheits- und Pflegediensten. Gleichzeitig sollte der öffentliche Dienst entbürokratisiert und demokratisiert sowie gegenüber der Öffentlichkeit transparenter und zugänglicher gemacht werden.

e) Öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse

Die Lösung der Arbeitsmarktprobleme kann weder in einer Verbesserung des Vermittlungsprozesses noch in der Verdrängung von Arbeitssuchenden in die Stille Reserve liegen. Vielmehr muss zunächst das gesellschaftliche Arbeitsvolumen durch eine geeignete Beschäftigungspolitik erhöht und gleichzeitig Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung umverteilt werden. Für eine Übergangszeit sind zum Abbau der Unterbeschäftigung aber auch arbeitsmarktpolitische, Beschäftigung schaffende Instrumente notwendig. Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, ist ein richtiger Gedanke, der klassischen Instrumenten wie ABM und Strukturanpassungsmaßnahmen zugrunde lag. Mit der jetzigen Praxis der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (Ein-Euro-Jobs) wird dieser Gedanke jedoch in sein Gegenteil verkehrt. Anstatt Arbeitslose durch regulär bezahlte und rechtlich abgesicherte Beschäftigung in die (Arbeits-) Gesellschaft zu integrieren, wird mit der bloßen Gewährung einer Mehraufwandsentschädigung und in vielfältiger Weise ungesicherten Sozialrechtsverhältnissen die geleistete Arbeit in diesen Arbeitsgelegenhei-

ten abgewertet. Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* fordert daher die Abschaffung der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung und stattdessen die Einführung eines neuen Finanzierungsinstrumentes für öffentlich geförderte Beschäftigung.

Dieses Instrument soll aus Mitteln des Bundes und einer Beteiligung der Kommunen eine Basisfinanzierung bereit stellen, die Träger öffentlich geförderter Beschäftigung wie Vereine, soziale Projekte, Beschäftigungsgesellschaften, Kommunen etc. nutzen können, um im öffentlichen Interesse liegende zusätzliche Tätigkeiten zu organisieren, die nicht zu den Aufgaben des öffentlichen Dienstes gehören und auch nicht wirtschaftlich durch Unternehmen erbracht werden können. Dabei muss es sich um reguläre, den jeweiligen Tarifbestimmungen unterliegende, voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse handeln. Allerdings sollen sie befristet eingerichtet werden, um zum einen bei eher experimentellen Arbeitsfeldern die Sinnhaftigkeit und Nutzung immer wieder überprüfen zu können; zum anderen sollte dieses Instrument nur solange eingesetzt werden, wie der regionale Arbeitsmarkt nicht hinreichend funktionsfähig ist. Tätigkeiten, die sich auf Dauer als notwendig und wichtig erweisen, müssen perspektivisch in den öffentlichen Dienst überführt bzw. als reguläre Aufgaben der öffentlichen Hand finanziert werden. Gerade in heute strukturschwachen Regionen gibt es eine Fülle von Aufgaben, beispielsweise in der Pflege von Kulturgütern oder der Umwelterhaltung, wo heutige Versäumnisse wegen fehlender finanzieller Ressourcen zum Teil zu unwiederbringlichen Verlusten führen, wo in wirtschaftlich besseren Zeiten aber regulär öffentlich finanzierte Aufgabenfelder oder selbst tragende wirtschaftliche Strukturen, wie im Tourismus, entstehen können.

f) Ohne Arbeitszeitverkürzung bleibt Vollbeschäftigung eine Illusion

Seit Mitte der 1970er Jahre geht die Produktions-Produktivitätsschere immer mehr auseinander. Die jährlichen realen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) fallen geringer aus als die Produktivitätszuwachsrate. Dies wird auch in Zukunft der Fall sein. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen geht daher zurück. Die deutsche Wirtschaft ist zwischen 1991 und 2006 real um gut 24 Prozent gewachsen, während die Arbeitsproduk-

tivität je Erwerbstätigenstunde um über 32 Prozent stieg. Das Arbeitsvolumen ist daher um acht Prozent gesunken. Dieser Rückgang um über vier Milliarden Arbeitsstunden ist aber nicht – wie es ökonomisch und sozial vernünftig gewesen wäre – durch eine tarifvertragliche Verringerung der individuellen Arbeitszeiten aller Beschäftigten organisiert worden. Er hat vielmehr als drastischer Anstieg der offenen und verdeckten Arbeitslosigkeit und der – zum Teil unfreiwilligen – Teilzeitarbeit stattgefunden. Die Alternative zu dieser in jeder Hinsicht schädlichen Entwicklung kann nicht in einer Förderung des Wirtschaftswachstums um jeden Preis liegen. Dies wäre ökonomisch kaum möglich, es wäre aber vor allem ökologisch schädlich und unverantwortlich. Aus beiden Perspektiven sind weitere Arbeitszeitverkürzungen zur Verarbeitung von – überwiegend wünschbaren – Produktivitätssteigerungen daher unumgänglich. Es wäre ein großer gesellschaftlicher Fortschritt, wenn sie nicht in chaotischer und polarisierender Form abliefen, sondern zu einem zentralen Orientierungspunkt staatlicher und gewerkschaftlicher Politik würden.

Arbeitszeitverkürzung ist auch im Kontext der Lohnfrage wichtig. Ohne eine Verknappung des Überschussangebots an Arbeitskraft bzw. der überschüssigen Arbeitszeit wird es in den Tarifverhandlungen schwer auch nur den verteilungsneutralen Spielraum auszuschöpfen. Im Gegenteil: Eher ist weiter mit einer „anormalen“ Arbeitsangebotsreaktion zu rechnen, bei der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insbesondere im unteren Lohnbereich auf weiter fallende Löhne mit steigendem Arbeitsangebot reagieren um den Unterhalt ihrer Familien zu sichern. Insofern haben Frankreich und Italien mit ihren Beschlüssen zur gesetzlichen Verankerung der 35-Stunden-Woche einen richtigen und vor allem einen langfristig erfolgsversprechenden Weg zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ein-

geschlagen, auch wenn die Umsetzung schwierig und langwierig ist.

6. Alternative Wirtschaftspolitik erfordert Konfliktbereitschaft

Die vorstehenden Vorschläge zur Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen, zum ökologischen Umbau und für mehr Gerechtigkeit sind nicht neu. Sie sind, wie wir bereits in der Vergangenheit vielfach nachgewiesen haben, finanzierbar und bereiten von der technisch-instrumentellen Seite keine unüberwindbaren Probleme, wenn auch die Schwierigkeit und Komplexität ihrer zielgenauen Umsetzung nicht unterschätzt werden sollten. Die Tatsache, dass diese Vorschläge nicht aufgegriffen werden, ist jedoch nicht auf diese Schwierigkeiten zurückzuführen. Die Gründe hierfür liegen vielmehr in dem massiven und wirksamen Widerstand derer, die von der herrschenden Politik profitieren und über viel Macht und Einfluss verfügen, um ihre Interessen der Politik, den Medien und dem größten Teil der Wissenschaft als alternativlos zu präsentieren. Das sind im Wesentlichen die großen Konzerne und Finanzinstitute sowie die sehr kleine Schicht sehr reicher Personen und Familien. Immerhin hat die (wissenschaftliche) Kritik an den Aussagen und der Politik des Neoliberalismus zugenommen und der Protest in der Gesellschaft gegen die herrschende Wirtschafts- und Sozialpolitik wächst. Die Chancen für einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel werden in dem Maße größer, wie Kritik und Protest sich mit einleuchtenden Vorstellungen über eine sozial gerechtere, ökologisch nachhaltigere und ökonomisch leistungsfähige Struktur und Steuerung der Wirtschaft verbinden – und wenn sich dies bei der Mehrheit der Menschen in praktischer Konfliktbereitschaft gegenüber den Interessen, den Kräften und der Politik des Neoliberalismus niederschlägt.

Kontaktanschrift:

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Postfach 33 04 47, 28 334 Bremen

E-Mail: memorandum@t-online.de Internet: www.memo.uni-bremen.de